



AMERIKA/USA - Erzbischof von Los Angeles fordert Revision der Zuwanderungspolitik unter humanen Aspekten

Los Angeles (Fides) – Erzbischof José Gómez von Los Angeles, fordert erneut eine Revision der US-amerikanischen Zuwanderungspolitik unter humanen Gesichtspunkten. Dabei fordert er vor allem einen humaneren Ansatz: "Zuwanderer sind immer und vor allem Menschen". Anlass zu solchen Äußerungen war eine Konferenz zum Thema Zuwanderung des Rotary Club in Los Angeles, mit der die Woche der Migration (5. bis 11. Januar) zu Ende ging. Im Rahmen der Initiative sollte nach Angaben der der Bischofskonferenz vor allem ein Bewusstsein für die schwierige Situation der Zuwanderer und ihrer Kinder entstehen.

"Es geht hier um Seelen, Menschenseelen, nicht um Zahlen oder Statistiken", so der Erzbischof in seinem Vortrag. „Es geht um Familienväter, die ohne es vorher zu wissen, am Abend nicht nach Hause kommen. Es geht um Eltern, die ihre Familien zehn Jahre lang nicht sehen können".

Der in Mexiko geborene Bischof Gomez ist seit Mitte der 40er Jahre des vergangenen Jahrhunderts US-amerikanischer Staatsbürger und gilt heute als wichtige Stimme in der Debatte um die Reform der Zuwanderungspolitik. Mehrmals hatte er sich für den im vergangenen Jahr vom Senat gebilligten Gesetzentwurf eingesetzt, der rund 11 Millionen illegalen Zuwanderung eine Legalisierung des eigenen Status ermöglichen sollte (vgl. Fides 30/07/2013).

"Wir vergessen Menschen, die in der Wüste sterben beim Versuch unsere Grenzen zu erreichen“, so der Erzbischof weiter, „oder Frauen und Kinder, die Opfer von Schlepperbanden und Menschenhändlern werden". Erzbischof Gomez beklagte in diesem Zusammenhang auch angekündigte polizeiliche Kontrollen, die in die Wohnungen von Zuwanderern eindringen und andere polizeiliche Maßnahmen bei der Festnahme von Zuwanderern. "Wir akzeptieren stillschweigend, dass es eine niedriger stehende Klasse von Menschen am Rande unserer Gesellschaft gibt“, so der Erzbischof. „Sie betreuen unsere Kinder, sie bauen unsere Häuser, sie ernten unsere Lebensmittel, doch sie haben kein Recht und keine Sicherheit". (CE) (Fides, 14/01/2014)